

Einführung einer Mehrwertsteuer in Oman

Die omanische Regierung hat am 18. Oktober 2020 das Mehrwertsteuergesetz im Amtsblatt des Landes veröffentlicht.

29.10.2020

Von Jakob Kemmer | Bonn

Oman ist nach Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, das vierte Land des Golfkooperationsrates, das [die gemeinsame Verpflichtung zur Einführung einer Mehrwertsteuer](#) umgesetzt hat. Das Gesetz tritt 180 Tage nach dem Datum der Veröffentlichung im Amtsblatt, das heißt am 16. April 2021, in Kraft.

Nach dem Gesetz gelten als steuerpflichtige Transaktion:

- die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen durch eine steuerpflichtige Person im Sultanat Oman;
- von einem steuerpflichtigen omanischen Kunden erhaltene Waren oder Dienstleistungen, die von einem Nichtansässigen geliefert werden, der nicht im Sultanat Oman steuerpflichtig ist (d.h. Fälle, in denen das sogenannte Reverse-Charge-Verfahren Anwendung findet);
- Einfuhr von Waren, im Rahmen der sogenannten Einfuhrumsatzsteuer.

Folgende Lieferungen sind von der Mehrwertsteuer befreit:

- finanzielle Dienstleistungen;
- Bereitstellung von Gesundheitsversorgung und damit verbundenen Gütern und Dienstleistungen;
- Bereitstellung von Bildung und zugehörigen Gütern und Dienstleistungen;
- Wiederverkauf von Wohnimmobilien;
- Vermietung von Immobilien für Wohnzwecke.

Unternehmen, die die Pflicht zur Registrierung für die Mehrwertsteuer nicht beachten, droht eine Strafe, die von Geldstrafe zwischen 5.000 omanischen Rial (ca. 11.000 Euro) und 20.000 omanischen Rial (ca. 44.000 Euro) bis hin zu drei Jahren Freiheitsstrafe reicht.

Zum Thema:

- [Informationen der omanischen Steuerbehörde zur Mehrwertsteuer](#)

Mehr zu:

Oman
Steuerrecht
Recht

Kontakt

Jakob Kemmer

Rechtsexperte

 +49 228 24 993 367

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.